

DER WISSENSCHAFTSRAT BERÄT DIE BUNDESREGIERUNG  
UND DIE REGIERUNGEN DER LÄNDER IN FRAGEN  
DER INHALTLICHEN UND STRUKTURELLEN ENTWICKLUNG DER  
HOCHSCHULEN, DER WISSENSCHAFT UND DER FORSCHUNG.

PRESSEMITTEILUNG 2 | 2013

Berlin 28.01.2013

# Osteuropaforschung besser vernetzen

## Wissenschaftsrat gibt Empfehlungen zur außeruniversitären historischen Osteuropaforschung

Die deutsche historische Forschung zum östlichen Europa genießt international großes Ansehen. Sie könnte ihr beträchtliches wissenschaftliches Potenzial aber noch besser ausschöpfen, wenn Universitäten und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in diesem Forschungsfeld enger zusammenarbeiten würden. Auch ein intensiverer Austausch mit der Geschichtswissenschaft allgemein und mit gegenwartsbezogenen sozialwissenschaftlichen Fächern wäre einer Weiterentwicklung dieser historischen Regionalforschung förderlich. Zu diesem Ergebnis kommt der Wissenschaftsrat in seinen jüngst verabschiedeten „Empfehlungen zur Weiterentwicklung der außeruniversitären historischen Forschung zum östlichen Europa“. Diese Empfehlungen basieren auf einer Strukturuntersuchung von 21 außeruniversitären Einrichtungen in Deutschland, die der Forschung zu Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa gewidmet sind. Sie sind mehrheitlich geisteswissenschaftlich ausgerichtet und historisch orientiert; lediglich drei Institute forschen gegenwartsbezogen, ein weiteres Institut verbindet historische und wirtschaftswissenschaftliche Perspektiven.

Diese vielfältige außeruniversitäre Forschungslandschaft ist weltweit einzigartig. Sie ergänzt und unterstützt eine universitäre Forschung, die in den vergangenen Jahren vor allem im sozialwissenschaftlichen Bereich der Osteuropaforschung teilweise massive Einschnitte erfahren hat. Außeruniversitäre Institute leisten wertvolle Beiträge zur Erforschung von Geschichte und Gegenwart des östlichen Europa und sind mit ihren Lehrangeboten aktiv an zahlreichen Studiengängen beteiligt. Sehr engagiert sind einige Einrichtungen auch in der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Gemeinsam mit Universitäten haben sie, teilweise sogar federführend, Graduiertenkollegs eingeworben, in denen Nachwuchskräfte sich in einem strukturierten Rahmen weiter qualifizieren. Insgesamt ist die Einbindung der außeruniversitären Osteuropaforschung in das Forschungsfeld nach Einschätzung des Wissenschaftsrates allerdings noch verbes-

1 | 2

**Ansprechpartnerin:**  
Dr. Christiane Kling-Mathey  
Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates  
Brohler Straße 11  
50968 Köln

Telefon +49 221 3776-243  
Telefax +49 221 3884-40  
kling-mathey@wissenschaftsrat.de  
**Pressemitteilungen:**  
www.wissenschaftsrat.de

serungsfähig. Vor allem ein Austausch mit der Forschung im westlichen Europa und den USA besteht gegenwärtig in zu geringem Umfang. Auch untereinander sollten die außeruniversitären Institute zukünftig enger zusammenarbeiten. In diesem Zusammenhang begrüßt das Beratungsgremium die Initiative einzelner Einrichtungen, die zu einer besseren Abstimmung und Arbeitsteilung bei der Entwicklung und Bereitstellung wissenschaftlicher Serviceleistungen führen soll. „Gerade in diesem Bereich liegt eine besondere Stärke der außeruniversitären Institute. Die Leistungen, die sie hier erbringen, sind für die gesamte nationale und internationale Osteuropaforschung ausgesprochen wertvoll. Die Institute sollten sich gemeinsam darum bemühen, ihre Angebote transparenter zu machen und qualitativ weiter zu verbessern“, so Wolfgang Marquardt, Vorsitzender des Wissenschaftsrates.

Kritisch steht der Wissenschaftsrat den Kleinstinstituten mit zwei bis fünf Beschäftigten gegenüber. Ihnen fehlt es nach Einschätzung des Gremiums an personellen Kapazitäten, um Forschung in der erforderlichen fachlichen und regionalen Breite durchzuführen. Daher empfiehlt er den Zuwendungsgebern im Bund und in einzelnen Ländern, eine Integration dieser Institute in Hochschulen oder andere außeruniversitäre Forschungseinrichtungen zu prüfen. Zu einer Konzentration rät er insbesondere im Hinblick auf drei Einrichtungen, die sich in Baden-Württemberg mit der Geschichte und Kultur der Deutschen im östlichen Europa befassen. Bundesweit stellen Institute mit dieser thematischen Ausrichtung ein gutes Drittel aller Osteuropainstitute. Sie werden auf der Grundlage von § 96 Bundesvertriebenengesetz institutionell gefördert. „Die Strukturuntersuchung hat gezeigt, dass die Erforschung deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa sich inzwischen aus ihrem Nischendasein befreit und der allgemeinen Geschichtswissenschaft angenähert hat; dies ist sehr zu begrüßen. In diesem Themenfeld ist die Entideologisierung, von der die gesamte Osteuropaforschung nach 1989/90 profitiert hat, besonders ausgeprägt. Dies war und ist eine wesentliche Voraussetzung für eine enge Zusammenarbeit mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus den jeweiligen Regionen, die in den vergangenen Jahren in erfreulichem Umfang zugenommen hat“, kommentiert Marquardt. Der Wissenschaftsrat spricht sich dafür aus, diese Thematik noch stärker in die allgemeine historische Forschung zu integrieren und in zehn Jahren zu prüfen, inwieweit eine Sonderförderung für diesen Forschungsbereich noch erforderlich ist.

**Hinweis:** Die „Empfehlungen zur Weiterentwicklung der außeruniversitären Forschung zum östlichen Europa“ (Drs. 2850-13) werden im Netz als Volltext (<http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/2850-13.pdf>) veröffentlicht, sie können aber auch bei der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates per E-Mail ([post@wissenschaftsrat.de](mailto:post@wissenschaftsrat.de)) angefordert werden.